

Über soeb.de – Sozioökonomische Berichterstattung

Die deutsche Gesellschaft befindet sich im Umbruch. Sozioökonomische Berichterstattung zielt darauf, diesen Umbruch besser zu verstehen. Ihr Ausgangspunkt: Wirtschaftsweise und Lebensweise verändern sich gleichzeitig und jeweils eigensinnig und beeinflussen sich gegenseitig. Das Zusammenspiel von Ökonomie, Politik, Institutionen und Individuen funktioniert nicht mehr so wie in der „alten“ Bundesrepublik. Die sozioökonomische Berichterstattung nimmt die einzelnen Veränderungen ebenso unter die Lupe wie den Wandel des Zusammenspiels. Besonders interessiert sie sich für diese Fragen: Inwiefern bietet die größer gewordene Vielfalt an Arbeits- und Lebensweisen neue Teilhabechancen für die Einzelnen – und inwiefern befördert sie andererseits Ungleichheit und Ausgrenzung? Kann unsere „Gesellschaft im Umbruch“ die Menschen „mitnehmen“ oder bleiben viele von ihnen auf der Strecke? Um solche Fragen beantworten zu können, führt die sozioökonomische Berichterstattung quantitative und qualitative Daten aus verschiedenen Quellen zusammen und deutet sie im Rahmen eines deutschen Produktions- und Sozialmodells – denn die Daten sprechen nicht für sich selbst. Der Ansatz ist gestaltungs- und nutzerorientiert: Was muss erforscht werden, welche Daten werden in welcher Form benötigt und wie können sie genutzt werden, damit die Entwicklung verstanden und vor allem politisch gestaltet werden kann?

Allgemeines zum Projekt

In den Jahren 2000 bis 2004 förderte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ein sozialwissenschaftliches Verbundvorhaben zur Entwicklung eines sozioökonomischen Berichtsansatzes für die Bundesrepublik Deutschland. Ergebnis dieses Projekts war der erste Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands – Arbeit und Lebensweisen (soeb I), der am 18. Februar 2004 auf einer Fachtagung in Berlin vorgestellt und im Sommer 2005 in einer überarbeiteten Buchfassung veröffentlicht wurde (SOFI u.a. 2005). Im Herbst 2005 begann die Arbeit an einem zweiten Bericht (SOEB II). Eine Serie von Werkstattgesprächen begleitet die Arbeit des Forschungsverbunds.

Die Projektleitung für die Arbeit an SOEB II liegt beim Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI), Göttingen. Zum Forschungsverbund gehören derzeit das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF München), das Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES), Stadtbergen, und das Thünen-Institut, Bollewick. Auch der zweite Bericht wird vom BMBF als Projekt auf dem Gebiet der Sozial- und Geisteswissenschaften gefördert. Die organisatorische Betreuung liegt beim Projektträger GSF. Ein wissenschaftlicher Beirat, der die Arbeit an soeb II begleitet, wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) berufen.

Warum sozioökonomische Berichterstattung?

In Wissenschaft, Politik und Gesellschaft ist das Bewusstsein verbreitet, dass sich Deutschland in einer *Umbruchsituation* befindet. Üblicherweise werden für diesen Umbruch große gesellschaftliche Trends verantwortlich gemacht: etwa Globalisierung, der Übergang zur Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft, Informatisierung, Individualisierung. Damit ist aber noch nicht viel erklärt, denn diese Trends wirken global und über lange Zeiträume. Sie

werden in verschiedenen Gesellschaften unterschiedlich bewältigt. Zudem betrachten solche Zeitdiagnosen einzelne Momente des gesellschaftlichen Wandels isoliert.

Der Forschungsverbund zur sozioökonomischen Entwicklung deutet die Entwicklung der letzten Jahrzehnte als *Umbruch des deutschen Produktions- und Sozialmodells*. Damit ist gemeint: Das Zusammenspiel von Wirtschaft und Gesellschaft, der verschiedenen Wohlfahrtsproduzenten und der Institutionen folgt nicht mehr dem Muster, das die gesellschaftliche Entwicklung der „alten“ Bundesrepublik geprägt hat. Wirtschafts- und Lebensweise ändern sich gleichzeitig und jeweils eigensinnig.

Wie ein einzelner Haushalt, so muss die Gesellschaft als Ganzes ökonomische Motive und individuelle Bedürfnisse und Lebensziele mehr oder weniger gut in Einklang bringen. Deshalb beobachtet und versteht die sozioökonomische Berichterstattung Gesellschaft als *sozio-ökonomischen Entwicklungszusammenhang*. Sie stellt Fragen wie diese: Wie wirkt sich eine veränderte Arbeitswelt auf die Möglichkeiten aus, Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren? Welche Anforderungen stellen sich zukünftig für die Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, wenn sich der internationale Wettbewerb verschärft, und welche Folgen hat dies für Wohlstand und Sicherheit der Gesellschaft?

Die Gesellschaft im Umbruch ist *vielfältiger* geworden: Neben normprägende „Standards“ wie Normalarbeitsverhältnis, Normalarbeitszeit, Normalfamilie und Normalbiografie treten neue Arbeits- und Lebensweisen. Diese Zunahme an Vielfalt kann neue Chancen eröffnen; sie kann aber auch mit vermehrter Ungleichheit einhergehen und Gruppen ausgrenzen, die an der neuen Vielfalt nicht teilhaben können. Was davon zutrifft, lässt sich nur beantworten, wenn der Wandel der Ökonomie und der Lebensweisen im Einzelnen *und* in ihrem Zusammenhang betrachtet werden.

Berichterstattung, das heißt: Gesellschaft in ihrer *Entwicklung* betrachten. Wenn man die Annahme eines grundlegenden Umbruchs unterstellt, hat das Folgen für die Beoberkungskonzepte – sozialwissenschaftliche Berichterstattung kann alt vertraute Annahmen über Abhängigkeiten und Wirkungszusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Lebensweise nicht einfach fortschreiben.

Was heißt „sozioökonomisch“?

Versteht man Gesellschaft als sozioökonomischen Entwicklungszusammenhang, so sind Lebensweisen nicht bloß passives Ergebnis der alles bestimmenden Ökonomie. Denn die wirtschaftliche Entwicklung ist gesellschaftlich eingebettet: Soziale Verhältnisse, politische Regulierungen, Institutionen sind nicht nur Resultate oder gar „Störfaktoren“ der Ökonomie, sie haben ihr eigenes Gewicht. Und wie der Alltag der Menschen aussieht und wie ihre alltäglichen Entscheidungen ausfallen, ist nicht einfach nachgeordnetes Ergebnis „großer“ wirtschaftlicher Entwicklungen oder gar politischer Maßnahmen. Innovationen, Investitionen und Unternehmensstrategien treiben Veränderungen der Gesellschaft von der ökonomischen Seite an, und dies ist sicher in letzter Instanz bestimmend. Aber auch von Veränderungen der Lebensweise können Impulse ausgehen, die Anpassungen seitens des ökonomischen Systems provozieren. Beide Seiten entwickeln sich in Abhängigkeit voneinander, aber nach relativ autonomen Logiken. Subjektive Interessen und Motive gesellschaftlicher Akteure liefern wesentliche Antriebskräfte für die sozioökonomische Entwicklung.

Die Attribute „ökonomisch“ und „sozial“ bezeichnen dabei nicht getrennte Beobachtungsbereiche, sondern verschiedene Perspektiven auf die gleichen Gegenstände. So ist *Erwerbsarbeit* doppelt bestimmt: Sie gehört sowohl dem ökonomischen System als auch der Lebensweise an, und nicht nur Betriebe stellen Ansprüche an die Nutzung von Arbeitskraft, auch Arbeitende haben Ansprüche an Qualität und Gestaltung des Arbeitsprozesses. *Betriebe* sind nicht nur Produzenten von Waren und Dienstleistungen – sie stellen auch den elementaren gesellschaftlichen Ort dar, an dem Erwerbsarbeit organisiert wird und Beschäftigte in ein Sozialgefüge integriert werden. Sie sind zugleich die zentrale Instanz, die Individuen zum Arbeitsmarkt und zu den Systemen der sozialen Sicherung in Beziehung setzt. Entscheidungen über Erwerbskonstellation und Arbeitsteilung („Arbeit“), über Reproduktion, Bildungserwerb, Informationsgebrauch und Konsumverhalten („Lebensweise“) fallen im *Haushalt* – also außerhalb der Unternehmen, aber in Reaktion auf ökonomische Gegebenheiten, unter Berücksichtigung ökonomischer Kalküle und mit Konsequenzen für die individuelle Teilhabe wie für die Gesamtwirtschaft. *Konsum* schließlich ist zugleich ökonomische Nachfrage und alltägliche Lebensführung.

Denken im Modell

Um Befunde aus verschiedenen Gegenstandsbereichen zu integrieren, benötigt der sozioökonomische Berichtsansatz theoretische Modellannahmen. Produktionsmodelle, die mikroanalytisch auf Ebene des Betriebs oder Unternehmens zu beobachten sind, stehen für einen typischen Zusammenhang von markt- bzw. geschäftspolitischen Strategien von Unternehmen, typischen Formen der Betriebsorganisation sowie der sie rahmenden institutionellen Ordnung. Die Gesamtheit der gesellschaftlichen Institutionen und Regulierungen dagegen, die eine Gesellschaft in die Lage versetzen, unter Bedingungen einer Marktökonomie „als eine durch wechselseitige Abhängigkeitsbeziehungen verbundene Gesamtheit zu existieren“ (Castel), kann als Sozialmodell gelten. Das Sozialmodell, das für die Lebensführung der Haushalte den Rahmen bildet, umfasst also viel mehr als ein bestimmtes Sozialstaatsregime.

Das „Denken im Modell“ soll die Berichtsgegenstände auswählen helfen, die für eine empirisch dichte Beschreibung des Produktions- und Sozialmodells benötigt werden, und Problemfelder des Umbruchs identifizieren. Im ersten Bericht (soeb I) wurden sechs solcher Problemfelder behandelt:

- das Nebeneinander sicherer und unsicherer Muster der Erwerbsbeteiligung,
- das Nebeneinander verschiedener Verdienermodelle des Haushalts,
- verschiedene Zeitmuster für Erwerbsarbeit und andere Aktivitäten,
- Ungleichheit bei Erwerb und Nutzung von Bildung,
- das Verhältnis formeller Dienstleistungen und informeller Hausarbeit,
- Formen und Muster von Engagement und Partizipation.

Womit vergleichen?

Die Annahme, die deutsche Gesellschaft befinde sich im Umbruch, schließt zwei Vergleichsperspektiven ein:

- *Historisch* wird die Gegenwart mit einer modellhaft stilisierten Vergangenheit („Modell Deutschland“, „Fordismus“) verglichen, um die Dynamik des Wandels zu verstehen. In Ostdeutschland beherrscht diese historische Vergleichsperspektive – „vor“ und „nach der Wende“ – das gesellschaftliche Bewusstsein.
- Die modellhafte Verdichtung des sozioökonomischen Entwicklungszusammenhangs erleichtert es, die Bundesrepublik und *andere Länder* in der gegenwärtigen Umbruchsphase „synchron“ zu vergleichen.

Nicht alle Elemente sozioökonomischer Entwicklung lassen sich untereinander beliebig kombinieren. Das Produktions- und Sozialmodell eines Landes entwickelt sich auf einem spezifischen – nationalstaatlichen – Entwicklungspfad, der nicht einfach verlassen werden kann. Daher koexistieren in der EU eine Vielzahl solcher Modelle, und ob sie tatsächlich zu einem „europäischen Sozialmodell“ konvergieren, ist eine offene Frage. Ostdeutschland befindet sich in einer doppelten Umbruchsituation: Die Transformation durch Beitritt erfolgte zu einem Zeitpunkt, in dem das (west-)deutsche Modell sich bereits selbst im Umbruch befand.

Daten deuten

Der sozioökonomische Berichtsansatz stützt sich auf verschiedene Datensätze aus den amtlichen Bevölkerungsumfragen und aus prozessproduzierten Verwaltungsregistern. Für die deskriptive Statistik sind neben Querschnittsdaten Längsschnitt- und Kohortenanalysen erforderlich. Ergänzende multivariate Analysen sind ebenso wie qualitative Empirie und historische Entwicklungslinien in die Darstellung zu integrieren. Zum methodischen Profil des sozioökonomischen Berichtsansatzes gehört, dass Ergebnissen qualitativer Forschung größerer Raum gegeben wird, als das bisher üblich ist. Direkte Kontakte und eine verbesserte Kooperation zwischen den bearbeitenden Wissenschaftlern, die ein Interesse an bestimmten Datenzugängen haben, und Datenhaltern der amtlichen und wissenschaftlichen Statistik, die ihre Datenbestände besser genutzt und für wissenschaftliche Analysen erschlossen sehen wollen, dürften zur Verbreiterung der Datenbasis für die Berichterstattung beitragen. Zwischen dem sozioökonomischen Berichtsansatz und anderen, insbesondere spezialisierten Berichtssystemen sind wechselseitige Kommentierungen von Ergebnissen sowie Kooperationen bei der Operationalisierung von Konzepten und Indikatoren in Überschneidungsbereichen und bei der Nutzung von Datensätzen denkbar und wünschenswert.

Ausgewertete Daten sprechen nicht für sich selbst. Sie sollen daher in einem theoretisch begründeten Modellzusammenhang zusammengeführt und in sozioökonomischen Zustandsbeschreibungen deutend interpretiert werden.

Bessere Daten – bessere Politik?

Die sozioökonomische Berichterstattung soll zugleich zur gesellschaftlichen Selbstaufklärung und zur Politikberatung beitragen. Die politikberatende Funktion unabhängiger wissenschaftlicher Beobachtung kann allerdings nicht darin bestehen, unmittelbar Empfehlungen abzugeben und Wirkungen politischer Maßnahmen zu kontrollieren. „Bessere Daten“ führen nicht automatisch zu „besserer Politik“. Wissenschaftsgestützte Berichterstattung kann nicht so kurzfristig sicheres Wissen verfügbar machen, wie es für eine rational begründete politische Programme erforderlich wäre. Befunde der Berichterstattung können aber politische

Interventionsbedarfe anzeigen, d.h. Probleme und Herausforderungen für politische Gestaltung identifizieren und so die Agendagestaltung beeinflussen. Damit sie so genutzt werden, muss der Forschungsverbund Diskurse und programmatische Leitvorstellungen aus dem politischen Raum aufgreifen und seine Befunde auf politische Fragestellungen beziehen.

Sozioökonomische Berichterstattung benötigt normative Bewertungsmaßstäbe für ein komplexes System aus ökonomischen und sozialen Zielen. Da Bewertungskriterien nicht nur wissenschaftlich geeignet, sondern auch gesellschaftlich akzeptiert sein müssen, gehört die kritische Auseinandersetzung mit der Programmatik der Europäischen Union zur „Modernisierung und Verbesserung des europäischen Sozialmodells“ und mit Nachhaltigkeitsstrategien zu den Aufgaben des Forschungsverbunds. Leitkonzept ist dabei gesellschaftliche Teilhabe in ihren verschiedenen Formen: durch Arbeit, durch soziale Nahbeziehungen, durch bürgerliche, politische und soziale Rechte sowie durch Bildung und Kultur. Die Berichterstattung soll die Frage beantworten, ob die Gesellschaft im Umbruch „alle mitnimmt“ oder ob Gruppen auf der Strecke bleiben.